

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint wöchentlich am Sonntag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Rudolf Schönebeck, für den lokalen und propagandistischen Teil: Max Gendewitz, für den Anzeigen- und Verlags-Teil: Rudolf Schönebeck, sämtlich in Halle. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Georgenstraße 27. — Preis: monatlich 1,25 Mark. Bei Abnahme aus einer der Geschäftsstellen 1,15 Mk. Bei den Postämtern: monatlich 2,70 ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. Anzeigengebühren: Die 7teinaltäre Kolonialzeitung 30 Pf. Werbung im Ausland 40 Pf. Werbung in Belgien 75 Pf. Werbung in England und Schweden 1,00 Mk. Werbung in Frankreich 1,25 Mk. Expedition: Halle, Georgenstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungserlöse: Seite 411.

Nr. 10.

Halle, Montag, den 13. Januar 1919.

3. Jahrgang.

## Gegen die Lügen der Spartakusleute.

Die Reichsregierung hat am Sonnabend folgenden Aufruf erlassen:  
Genossen! Die Spartakusleute haben sich den Kopf zernannt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Berlins. Wie ein Mann hat sich diese gegen die Blutherrschaft der wenigen empört, die ihren Fortwärtsgerauch, die Rühmsprüche und Propaganda übertrugen, um durch Unterbindung der Ernährung das Chaos herbeizuführen, und die seit Sonntag abend in einer durchaus friedlichen Stadt Massenengewalt und Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes eingeführt haben. Niemand dachte daran, an die Waffen gegen die eigenen Bürger zu appellieren. Nur sie.

Jetzt merken sie, daß sie nicht durchkommen. Der Ruf der Regierung an die mehrheitlich sozialdemokratischen Massen hat viele Tausende der Mehrheitspartei zugeführt. Die Blätter lügen, welche behaupten, die Regierung rufe Offiziere, feilenlose Bürgerhelfer und die Kriegsgeschehen der hingerichteten Presse zur Unterstützung. Der feilenlose Arbeiter, der die Revolution aufzunehmen hat, um ihr ein für allemal ein Ende zu machen, Spartakus steht feil, hat ein Spiel verloren. Schon hat er nach Westka telegraphiert, der Kampf müsse bald abgebrochen werden, die Berliner Arbeiterpartei sei nicht mehr für die Diktatur des Proletariats. Das heißt, die Berliner Arbeiterpartei weicht Terror und Bürgerkrieg mit Entrüstung von sich. Nun erhebt sich der „Schrei nach Einigung“.

Genossen! Die Regierung hat vorgeschlagen, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden, die Verhandlungen abgelehnt und sich verbündet hat für die jegliche Verhandlungen abgelehnt. Nur eine Verbindung hat die Regierung und der Zentralrat als selbstverständliche Voraussetzung für die Verhandlungen gestellt: Wiederherstellung der Pressefreiheit. Aber dazu haben sich die Berliner Zeitungsredaktionen nicht verstehen wollen. Zur Erfüllung dieser einfachen Voraussetzung jeder Demokratie haben Arbeiter der U. S. P. und der Sozialistischen Partei die Forderung als berechtigt erkannt, daß sie für ihre Erfüllung sich einsetzen wollen, um die Einigung zu ermöglichen. Das war gestern abend. Bis heute nachmittag haben sie nichts von sich hören lassen, ob ihr Vermittlungsversuch bei den anderen Parteien auf ebensoviele Bereitwilligkeit gekoheit, wie bei Regierung und Zentralrat. Ist der Schrei nach Einigung überall erst? Dürfen wir, dürft ihr an seine Wahrheit glauben? Wie stimmt zu ihm der Aufruf zum Generalstreik, der von den revolutionären Oblieten, dem Berliner Zentralrat und der U. S. P. und dem Spartakusbund unterzeichnet ist? Können wir glauben, daß die mit uns sich einigten wollen, die uns in diesem Aufruf „Verträter des Proletariats, elende Handlanger der kapitalistischen Kapitalisten, Verkörperung der Gegenrevolution“ nennen, die schamlos genug sind, zu behaupten, die vom Urteil des Volkes verurteilt sind, das verdammte Ziel nicht auf, sie gehören in das Zuchthaus, auf das Schafott.

Ihr Säurenwahninn ledet nach Blut, die ihre Anhänger aufrufen: „Beraus aus den Betrieben, auf zum Generalstreik, auf zu den Waffen, auf zum letzten Kampf, zum letzten Sieg!“ Ist das die Sprache der Einigung, die Sprache von Reuten, die verhandeln wollen, die zum Frieden kommen möchten?

Nein, es ist aber der Schrei zum Bürgerkrieg, und Spartausgeißel ist es, der vor Mord und Räuberzügen nicht zurückweicht, der wieder zu den mit Arbeiterblut besetzten Waffen ruft und Euren Vertrauensmännern und der Regierung mit Galgen und Schafott droht, der auf den Trümmern unseres ganzen Landes und Volkes den Sieg erkämpfen will, d. h. die Herrschaft von Totschlägern und Blünderern.

Genossen! Die neue Forderung der falschen Einheitsapostel heißt: Weg mit Ebert und Scheidemann! Kennst du diese alte verlogene Parole nicht wieder? Ist das nicht der alte Kampfruf des Spartakus? Haben sie sich nicht wochenlang heiser geschrien gegen diese eure Genossen? Und jetzt kommen sie unter dem Deckmantel der Einigung, um den alten Kampfruf durchzusetzen?

Glaubt ihnen nicht! Sie wollen erst die erwählten Führer der Partei beseitigen, um mit der Partei dann um so leichter fertig zu werden.

Genossen! Eure Genossen in der Regierung erklären feierlich: Wir sind kein Hindernis für die Einigung. Im Gegenteil. Wir, die hohen Wogen den Unabhängigen die Hälfte der Regierung eingebracht hatten, obwohl sie ihrer Stärke nach auf kaum ein Drittel Anspruch haben, wir, die mit den Aufständern in Berlin verhandelt haben, obwohl diese mit bewaffneter Hand eintreten wollten, wir, die, ehelich geführt, eine Vereinigung aller sozialistischen Parteien erzielen kann.

Aber wir sind auf der Hut, und ihr seid wachsam, wie wir. Denkt immer daran: bei allen Festgenommenen, die an der Befehlsgewalt der Reichswehr und der anderen Behörden beteiligt waren, ist durch Mitglieder der U. S. P. ihre Zugehörigkeit zur U. S. P. nachgewiesen worden.

Und dennoch haben sich die Unabhängigen als unparteiische Vermittler angeboten. Die Arbeiter der U. S. P. und der Sozialistischen Partei haben auch im Namen der Genossen der U. S. P. D. und der R. P. gesprochen, und dennoch haben diese zwei Parteien zum Generalstreik aufgerufen mit den Worten: „Jetzt ist der Schrei nach Einigung, gebietet Euch, gebietet die Waffen gegen eure Lohneinde Ebert-Scheidemann!“

Ist das proletarische Kampfwort? Ist das Verhalten an Ehre? Entschuldigst du dich? Wie wollen die Einigung der Arbeiterklasse, aber ehelich, ohne Hinterhalt, ohne Waffen.

Helft uns das durchziehen! Wir können Frieden und Sozialismus nur schaffen, wenn wir sind und bleiben: eure Vertrauensmänner!

Die Reichsleitung:  
Ebert, Scheidemann, Landsberg, Kosse, Bissel.

## Welche Partei ist die Volkspartei?

Die Deutsche-Nationale Volkspartei? Niemand! Sie ist das Sammelbecken aller Reaktionen von ehemals. In ihr haben sich die Junker aus Landwirtschaft und Industrie und die Industriellen eine neue Organisation geschaffen, um dem Zusammensturz unter einer anderen dynastischen Firma eine fröhliche Aufwertung zu feiern. Hier würde also das alte in grün bleiben: Autokratie und Bureaucratie, Kriegsgelüste und Kapitalismus?

Die Christliche Volkspartei? Ebensovwenig! Hier hat der Klerus alle die gesammelt, die im Grunde das alte reaktionäre Ziel verfolgen wie die in der nationalen Volkspartei vereinigten. Sie sind reaktionärer in der Wahl ihrer Propagandamittel. Sie verfolgen die religiösen Lebensformen der geistig weniger rührigen Bevölkerungsschichten und besonders der Frauen auf. Struppellose wie Mönch und Rabbi immer voran, benutzen sie den würdevollen Einfall eines sozialistischen Ministerpräsidenten, um das „heiligtümliche“ der deutschen Familie, die Religion, als gefährdet hinzustellen. Das Ziel dieser Partei aber ist die Wiederherstellung des alten Dunkelneinheits, die Wiederherstellung des alten harten Einflusses der Junkerabschottung. Also fort damit!

Die Deutsche Volkspartei? Sie ist nichts anderes als ein national-liberaler Haufen, ein „schöner“ und unehrlicher Haufen der Sozialisten, wie ehemals. Sie muß ihr verdientes Schicksal erleben, sie darf bei der Wahl nicht einmal einen Wahlsieger erzielen. Die Strafe für den beschämtesten Volksbetrug.

Die Demokratische Volkspartei? Auch die ist nicht reif. Sie ist eine Volkspartei! In ihr hat sich vorzüglich die wirkliche bürgerliche Intelligenz gesammelt. Aber daneben wirken in diesem Parteigetriebe, wie einst in den freikämpferischen Gruppen, Finanzkapital und privatkapitalistische Tendenzen. Das führt nicht zur reinen politischen Demokratisierung eines wirklichen Volkswillens und noch viel weniger zu einer weitläufigen Erfüllung des Ertrages der Arbeit für die Gesamtheit der Gesellschaft. Das Programm der demokratischen Volkspartei würde uns im günstigsten Falle eine bürgerliche Demokratie, aber keine sozialistische demokratische Republik bringen. Deshalb auch diese Partei nicht!

Welche ist die Sozialdemokratie?  
Sie ist die einzige konsequente Volkspartei. Sie lehnt auf Grund ihres Erparten Programms, das in Nürnberg durch den Zwang der umgehenden trügerisch-revolutionären Epoche erzwungen wurde, jede demokratische und sozialistische Forderung ab. Sie lehnt daher auch jedes unzeitige Experiment in Politik und Wirtschaft ab. In der Politik eheliche Demokratie! In der Wirtschaft Sozialistische, was sich in der deutschen Wirtschaft, die von einem kapitalistischen Ausland abhängig ist, äußern muß. So soll in der neuen sozialistischen-demokratischen Republik eifrig und ernst zuseh Arbeit am Wiederbau unseres Volkes geleistet werden. Die einzige Grundbedingung des neuen Reichs ist die Nationalsozialismus.

Sie zu einer besten Quelle sozialistischer Arbeit für den sozialistischen Volksbau zu machen, ist am 13. Januar 1919.

die heiligste Pflicht jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Um dieser heiligsten Pflicht willen dürfen nur Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei und nicht bürgerliche Kandidaten, auch nicht Spartakusanhänger oder Unabhängige Sozialisten gewählt werden, die teils völlige, teils verkappte Gegner der Nationalversammlung und der von ihr verlangten Arbeit sind.

Die Nationalversammlung muß eine uneheliche Mehrheit für die deutsche sozialdemokratische Partei und für ihre politische Politik bringen.

## Tagesgeschichte.

### Zur Lage in Berlin.

In der Nacht zum Sonntag sind die im Festungsgebiet von den Spartakisten besetzten Gebäude, darunter das U. S. P., das Post- und Telegrafengebäude geräumt worden. Die Spartakisten sind ohne Kampf unter Hinterlassung von Waffen und Munition freigelassen worden. Die Gebäude sind von den Regierungstruppen besetzt worden. Auch das Polizeipräsidium ist genommen worden und wurde von Regierungstruppen besetzt. Im Osten der Stadt sind in der Nacht viele Kundgebungen und Demonstrationen vorgenommen. Seitens der Regierungstruppen wurden starke Patrouillen, auch Kanallerie, durch die Straßen geschickt, um weitere Unruhen zu verhindern. Diese Streifen wurden auch in der folgenden Nacht fortgesetzt.

Entmutigt durch die Einnahme des Post- und Telegrafengebäudes durch die Regierungstruppen gehen die Spartakisten im öffentlichen Bereich zurück. Sie fordern aber freien Abzug mit Waffen und den Rücktritt Eberts und Scheidemanns. Als von den Regierungstruppen bedingungslos herabgelassen wurde, hielten es die Spartakisten für geraten, bei Abbruch der Diktatur in unaufrichtiger Weise die Häuser der Ministerien und Parteizentren zu verlassen. Ein Teil von ihnen wurde von den Regierungstruppen noch gefaßt. Als die Regierungstruppen nun von allen Seiten in das Gebäude eindrangen, fanden sie tatsächlich keinen einzigen Spartakisten mehr vor. Die Spartakisten im U. S. P. hielten für die Übergabe derselben Bedingungen, bezeugten sich aber nach deren Abweisung zur bedingungslosen Übergabe. Man ließ sie nach Abgabe der Waffen abziehen.

Sonabend vormittag drangen Spartakisten in das Postamt in der Frankfurterstraße in der Nähe des Schlosses Hohenzollern und beschlagnahmten die Postkästen mit 120 000 Mk. Die drei Männer, die die Kästen an sich nahmen, sind verhaftet worden.

Sonabend nachmittag zog eine Division, bestehend aus Infanterie, Artillerie und Maschinengewehrtruppen, sowie Flammwerfern, durch Berlin. Um 3 Uhr machten sie vor dem Reichstagsgebäude halt, um der Regierung Ebert-Scheidemann ihren Eintritt für sie zu betenden. Ebert hielt eine Ansprache an die Truppen.

Im Laufe des Sonnabends wurden mehrere Führer der Spartakisten verhaftet, unter ihnen auch Eberthauer. Bei der Erläuterung des Wortführers wurde unter anderem auch der bekannte Sozialist Leube von Regierungstruppen gefangen genommen. Im übrigen sind von den Überlebenden einige in Gefangenschaft geraten. Das Wortführergebäude ist mehrfach von Artilleriegeschossen schwer getroffen worden. Die Hauptausgänge wurde zertrennt. Von den Druckmaschinen dürfte die erste fehlerhaft in 14 Tagen wieder betriebsfähig sein. Im Verlauf der Ereignisse soll alles intakt sein.

Der Hochbahnverkehr war am Sonntag abgebrochen. Der Straßenbahnverkehr war teilweise auch durch die Kampagne einwärts aufrechterhalten. Eine Massenversammlung der Eisenbahnarbeiter, Handwerker und Angehörigen der Arbeiterpartei wurde von den Regierungstruppen unter Verbot der Arbeiterpartei in einem Sonntagabend früh vertrieben. Flugblätter des Spartakusbundes unter falschen Ausfäulen gegen die Verhaftungsvorwürfe von Cohn und Haack abgewiesen.

Seit einigen Tagen beginnt Spartakus die Fernverbindungen von Berlin nach auswärts zu zerschneiden. Im Fernverkehr mit den größten Städten des Reiches tritt inzwischen Störung ein. Flugblätter fänden die allgemeine Sabotage der öffentlichen Einrichtungen Deutschlands als weiterer Etappe zur Niederrichtung der jetzigen Regierung und zur Verhinderung der Nationalversammlung an.

Bei den Kämpfen am Brandenburger Tor drang auch eine Kugel durch ein Fenster in das Hotel Adlon, und zwar gerade in ein Zimmer der Wohnung, die der amerikanische General Harris bewohnt, der mit einem Stabe von mehreren Offizieren in Berlin zur Regelung der Gefangenensachen weilte.

Die Kampfmethoden der Spartakisten gleich durchwegs der russischen. Sie ist außerordentlich blutig und sehr grausam. Die Taktik der Spartakisten besteht darin, Frauen und Kinder dann vor die Maschinen zu stellen, zu treiben, wenn es dem Gegner gelingt, ihnen auf den Leib zu rücken. Sie haben tatsächlich in vielen Fällen, wo die Regierungstruppen



# Der Soldatenrat zeigt den Willen zur Tat.

## Stellungnahme gegen Spartakus. — Austritt des Vorstandes des Soldatenrates. — Neuwahl des gesamten Soldatenrates.

Zu Beginn des Sonnenabstufung teilte der Vorstand des Soldatenrates mit, daß er wegen der Vorgänge der letzten Tage gezwungen sei, zurückzutreten. Er könne für diese Ereignisse nicht mehr die Verantwortung übernehmen und könne, da er nicht wisse, ob die gesamte Garnison noch hinter ihm stehe, die Funktionen des Soldatenrates nicht weiter ausüben. Der Vorstand gab zu seinem Austritt folgende Erklärung ab: wir müssen zurücktreten.

1. weil sich gezeigt hat, daß die Haltung eines wesentlichen Teils der Garnison nicht mit den Beschlüssen, die durch die Vertrauensmänner der Garnison herbeigeführt werden, übereinstimmt;

2. weil der Vorstand nicht die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß aus den Beschlüssen und der gegenwärtigen Haltung eines Teils der Mitglieder im weiteren Soldatenratskompensationen entstehen, die sich mit den eigentlichen Bestrebungen des Soldatenrats nicht vereinbaren und das angestrebte Wohl der Allgemeinheit gefährden;

3. weil der Beschuß des Arbeiterrates, die jetzige Regierung nicht zu stützen, eine Entlassung des weiteren Soldatenrates erfordert, dessen Beschluß, sei er negativ oder positiv, ein Verlassen des Vorstandes in seiner Stellung unmöglich macht.

Daran folgte er noch folgende besondere Erklärung an:

„Der Vorstand dankt dem Soldatenrat und damit der Garnison Halle für das ihm bis heute bewiesene Vertrauen. Er ist freudig für die Interessen seiner Kameraden und gleichzeitig für das Wohl des Vaterlandes eingetreten und wünscht, ihnen bei seinem Austritt, daß sie Rührer finden werden, die für das Entstehen, was sich die Kameraden am 9. November ertragen haben, um die ihnen gelegten Ziele voll und ganz zu erreichen.“

Dan gehen noch die folgenden Mitglieder des engeren Rates mit entsprechenden Erklärungen bekannt, daß sie gleichfalls zurücktreten.

Als er aus dem Ostentrat der Garnison Halle ist mir von Kameraden aus dem Osten mitgeteilt worden, daß auch in Ostpreußen unbedingt notwendig ist, daß Kameraden handfakt hineingeführt sind, ausgeführt wurden, und daß es ohne den Grenzschutz unmöglich ist, die Kameraden aus dem Osten hineingeführt zu werden. Der Soldatenrat Halle hat aber einen Beschluß gefaßt, den Grenzschutz zu verhindern, daß hat ihn mit zum Austritt bestimmt, ebenso, daß die Sicherheitsmaßnahmen sich die Verbündeten des Vorstandes nicht füllen wollen, unter diesen Umständen könne der Vorstand auch die Verantwortung nicht mehr tragen.

Stab: Nach den Ereignissen der letzten Tage und den Vorgängen am Freitag nachmittags sind wir gezwungen, zurückzutreten. Wir müssen tanzen, daß wir die Arbeit nicht mitmachen können, daß wir das Treiben der Spartakisten verurteilen. (Brauo.)

Seine: Die Anhänger der Reichssozialisten sind hier von der Deputation der Demonstration als gegenrevolutionär bezeichnet worden. Es ist dies eine große Beleidigung für jeden Sozialisten, der jahrelang in der Arbeiterbewegung steht. Ich bin ein Sozialist, (Sehr richtig! Leb's Bravo!) Dafür können wir keine Verantwortung übernehmen.

Beilke: Wir sind geradezu gezwungen, durch die unsinnige Haltung des weiteren Soldatenrates, zurückzutreten. Es muß eine klare Politik getrieben werden, die auch jeder beantworten kann.

Bismarck: Es hat tatsächlich den Anschein, als ob in einem weiteren Soldatenrat besteht, der diese Treibereien macht. (Zwischenruf: Spartakus! Allgemeines Sehr richtig!) Das Spartakustreiben machen wir nicht mit. (Leb's Bravo!)

Freitag: Das Ausschließen der Reichssozialisten muß zu schlimmen Folgen führen. Das darf nicht sein. Wir müssen zusammenarbeiten. Wir müssen eine Neuwahl ausgeben. Die Kameraden müssen befinden, daß wir ihr Vertrauen haben, die Kameraden der Garnison müssen befinden, daß ihr Vertrauen hinter dem Soldatenrat steht. Auch er schließt sich darum von dem Austritt nicht aus.

Rottmayer: Der Name seiner Freunde bekannt, daß auch er unter den gegebenen Umständen nicht weiter amtierenden können.

Ferschand: Wenn es einem schwer fällt, zurückzutreten, gerade in der gegenwärtigen Situation, wo selbst der friedliebste Bürger nach Westen flüchtet, so mir. Wir müssen die Ordnung zurückherstellen. Mein Ruf nach Ordnung ist in diesen Tagen ungehörig verhallt. Trübsinn müssen wir uns unter Verantwortung und unsrer Pflicht bewusst sein. Wir müssen an die Kameraden appellieren, uns einer Neuwahl unterziehen. So ohne Halt können wir nicht weiterarbeiten. Aber bis die Entscheidung gefallen ist, können wir nicht weiterarbeiten. (Sehr richtig! Leb's Bravo!)

Wir sind freudig für die Interessen seiner Kameraden und gleichzeitig für das Wohl des Vaterlandes eingetreten und wünscht, ihnen bei seinem Austritt, daß sie Rührer finden werden, die für das Entstehen, was sich die Kameraden am 9. November ertragen haben, um die ihnen gelegten Ziele voll und ganz zu erreichen.“

Es wird darauf ein Telegramm des Zentralrates verlangt, das dem Soldatenrat empfiehlt, die Frage der Beilegung der Rangabzeichen zu vertragen, bis die Regelung allgemein erfolgt. Der Zentralrat hat mit den gegenwärtigen Umständen im Reich und in Berlin so viel zu tun, daß er sich zurzeit nicht damit befassen kann. Erst muß Ordnung geschaffen werden.

Ferschand befragt darauf, die Ausführung des Beschlusses der Entlassung der Rangabzeichen zu vertragen, bis die allgemeine Regelung erfolgt.

Unter letztem Befehl wird dieser Antrag ohne Debatte einstimmig angenommen.

Sofort wurden vom provisorischen Vorstand die nötigen Direktiven gegeben, daß dieser Beschluß sofort bei allen Truppenteilen der Garnison, bei dem Garnitionspersonal, den Jagdstellen usw. bekanntgemacht wird, damit unversichtlich alle Geschäfte wieder aufgenommen werden. Der Militärkommission wird der Befehl gegeben, diesen Beschluß sofort auszuführen.

Der Vertreter der aktiven Unteroffiziere, Jille, gibt die Erklärung ab, daß die Unteroffiziere sofort ihre Arbeit wieder aufnehmen werden. (Brauo.)

Damit war ein Differenzpunkt aus der Welt geschafft, der viel Kopfzerbrechen, Aufregung und Unheil erzeugt hat. Es ist zu begrüßen, daß der Soldatenrat sich zu diesem Beschluß ausgesprochen hat, aber es wäre besser gewesen, wenn er klüger gewesen wäre und sich nicht von einer Deputationsfrage, die gar nichts hinter sich hatte, in einem Beschluß abwageln ließ, der soviel Unheil angerichtet hat.

Darauf wird auf Vorschlag des Vorstehers Gruner beschlossen, daß bis Dienstagabend fünf Truppenteile in der Garnison ihre Vertrauensmänner neu zu wählen haben und daß am Mittwoch Sitzung des neuen Soldatenrates stattfinden und dort der Vorstand neu gewählt werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt führt der alte Vorstand die Geschäfte provisorisch weiter.

Darauf wird in der Verhandlung fortgefahren. Es liegt ein Schreiben an der Redaktion beizulegen vor, die am Sonntag vormittag eine Demonstration veranstalten wollen und bitten, ihnen ein Sicherheitskommando zu stellen, damit ähnliche Ereignisse wie bei der Demonstration am Freitag vermeiden werden. Es entspricht sich eine lebhafte Aussprache, in deren Verlauf auch die Vorgänge am Freitag eine eingehende Würdigung finden. Kom. Dierfeld meint, daß es nicht notwendig sei, Sicherheitskommando zu schicken, sondern einen Ausbruch für die Verhütung der Beute, die sich an trübsinnigste Kameraden begriffen.

A. R. Kilian bedauert namens des A. R. die Verbindung der Demonstranten am Freitag, entkündet den Angriff aber mit der Erregung der auf dem Markt herzenden, weil dem Jure Schöber vorgetragen wurden mit der Aufschrift: Nicker mit Spartakus! Nicker mit den Unabhängigen! Die Annäherung des Nat- und Soldatbundes mit Wahsinnigwerden war auf Anforderung des A. R. erfolgt, dem Gerüchte zu Ohren gekommen waren, daß die „Kritiker“ einen bewußten Angriff gegen den Sitz des A. R. unternehmen wolle.

Kom. Barzels stellt darauf unter Zustimmung der Be-

sehrung fest, daß kein Schuß Nicker mit den Unabhängigen gegeben worden sei, daß dem Jure voran nur das Nat- und Soldatbundes und des Soldat. Wir wollen kein Nicker, nur Behandlung haben“ und die Kommando ist der Angriff erfolgt. Beute der Sicherheitskompanie haben mit Nicken auf die Demonstranten eingeschlagen. (Hui-Hui.)

Kom. Bollmar: Die Sicherheitskompanien haben gemäß ihre Pflicht erfüllt, aber es ist viel Mißbrauch mit der weichen Wunde getrieben worden.

Der Vertrauensmann einer Sicherheitskompanie teilt mit, daß sie ihre Beute freigewillig erachtet haben, unbenutzt gemäß ihre Pflicht zu erfüllen. Er hebt vor Zugrunde der Vorgänge auf dem Markt und hofft gesehen, daß sich viele bewaffnete Soldaten ohne Armbinde an dem Angriff auf die Demonstranten beteiligt haben.

Ein Soldatenratmitglied erzählt einen Fall, bei dem er nahe daran gewesen, von einem Eisenhammer niedergestrichen zu werden. Eine gründliche erneute Untersuchung der Sicherheitsmaßnahmen wurde in Aussicht gestellt. Mithers wurde aber betont, daß solche Vorkommnisse, wie sie der vorige Freitag gezeigt, nicht wieder vorkommen dürfen. Bei dieser Gelegenheit wurde noch erwähnt, daß an genannten Tage Soldaten die Waffenkameraden, die Gewehr festgehalten haben, die am Arbeiter vertrieben werden sollten, in Begleitung des A. R. Schritt Auftrag vom Vorstehenden der Militärkommission erhalten haben, was dieser aber ganz entschieden in Abrede stellte. Schließlich wurde dann der Kriegsschlichter der von ihnen erbetene Schutz gewährt.

Im Anschluß daran befragt dann A. R. Kilian die Berliner Beiratsmitglieder, die jetzt sich dort abspielenden tätigen Kämpfe, die getriebenen Verhandlungen zwischen Regierung, einseitigen und unabhängigen und Spartakus andererseits, wo bei der Regierung die Schuld lag. Wenn noch mehr Truppenteile nach Berlin durchgeschick werden, würde die Regierung noch gefährter werden, was verhindert werden müsse.

Kom. Adler erwidert darauf, daß der Vorstand keinen Anstoß habe, auf die Besprechung dieser politischen Dinge einzugehen, zumal sein Austritt damit im Zusammenhang stehe. Es würde kommen, daß die Arbeiter über ihre Führer einseitig hinweggehen. Der Soldatenrat habe sich durch eine frühere Erklärung hinter die Regierung gestellt. Der Beschluß bestehe heute noch.

Ein handvoll Terrorkräfte hätten es sonst getrieben, daß der Soldatenrat nicht mehr über sie. Es bestände eine Gruppe im A. R. Terrak, welche in allen Bezirken die Beilegung der Beiratsmitglieder ungenügend an der Beilegung sozialistischen betriebe. Er kann recht gut die Dringlichkeit des Mit allen Mitteln wieder gearbeitet. Man schone sich nicht, den ihnen unbenommen Gegen der Erstzug zu untergehen. Schlimm sei es, daß eine kleine Gruppe von Spartakisten soviel Leid über die Arbeiter-

schaft und das Vaterland gebracht habe. Jetzt gingen aber in Berlin die Unabhängigen in Waffen zu den Reichssozialisten über, weil ihnen dieser trübsinnig Zustand nicht mehr erträglich sei. Die Regierung nicht mehr geistlich habe, sei auf die Demonstration zurück zu führen. Er achte jedes Wort, hinter den Spartakisten aber trübsinnig werden noch Verleumdung. Die Unabhängigen müßten klar liegen, daß sie mit Spartakus nichts zu tun haben wollten. Dann könne man auch mit ihnen verhandeln. Der Soldatenrat wolle die Wahlen zur Nationalversammlung nicht hinterzögern, denn er habe sich auf das Erührer Programm festgelegt. (Zwischenruf Rosenbergs: Es tut gut, daß daran jetzt erinnert wird.) Man solle jedem seine freie Meinung lassen; dann könne es in Halle nicht wieder vorkommen, daß terrorisierende politische Verbände mißhandelt werden. (Sehr richtig!)

Geborn fragen Deputierte Wünsche des Kritiker-Kom. Nr. 75 nur um abhienet betriebe Antwort. Dabei kommt aber zur Sprache, daß nach einem Bericht die Kritikerlektion, sowie das Wessendepot bei Berlin von Spartakisten erkrankt werden sollten und daß sich Arbeiter und Studenten in der Kaserne bewaffnet hätten, weil sie einen Angriff von Arbeitern, die sich in der Werkzeugecke angeschlossen, befürchteten. Genosse Kilian gab jedoch die Aufklärung, daß Arbeiter durch Demonstration ihren Vorforderungen mehr Rohdruck geben wollten. Zum Schluß wurde ein Schreiben des bisherigen Geschäftsführers des „Arbeiterrates“, Genossen Fejtz, zur Verlesung gebracht, wonach die Arbeiter in Begleitung des Sicherheitskommandos im Verlage erschienen seien, und dort im Auftrag des Soldatenrates die Entlassung aller Soldaten und die Entlassung des Berichterstatters Schönbart durchgeführt hätten. Kamerad Adler stellte fest, daß eine solche Forderung dem Soldatenrat nicht ausgegangen sei, es sei ihr also von einer Seite des Soldaten mißbraucht worden. Eine gründliche Nachforschung nach dem Auftraggeber wurde in Aussicht gestellt.

## Aus dem Reich.

Chech. Was im Kriege zu verdienen war. Aus den letzten Jahren der letzten des Chech-Bezirksgesamtes wurden an jeden Bürger 200 Mark ausbezahlt. Das ist der höchste Betrag, der bis jetzt ausbezahlt wurde und ist den ausbezahlt höchst Soldaten ausbezahlt.

Prag. Die im Böhmen-Bezirk, deren Bauen als Vorbild gelten, hat sich entschlossen, an der verletzten Schichtenweise weitere 24 Wohnungen nach den Plänen des Architekten Engelhardt zu errichten. Mit dem Bau von 46 Wohnungen (Stoffhandarbeit) soll sofort begonnen werden. Die Mittel in Höhe von etwa 2 Millionen werden ihm bewilligt.

## Gemeinschaftliches.

### Die Gewerkschaften im neuen Jahre.

In der Gewerkschaften hat man zu Ende vergangenen Jahres wieder allgemein die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß es uns das wichtigste der nächsten Jahre sein wird, und die Forderungen bringen werde. Diese Erwartung hat sich bis zu einem gewissen Grade erfüllt, da die Gewerkschaften durch die Forderungen nicht gelöst sind. Die Gewerkschaften aber auch die durch die letzten Demonstrationen, insbesondere die Demonstration im letzten Jahre eine Abwärtstendenz der Arbeiterbewegung, die die nächste Gewerkschaft nicht ausschließt hat. Durch diese

Ereignisse werden die Gewerkschaften vor die größten Probleme gestellt, die je an sie herangetragen sind. Wohl haben sie lange vor der Beendigung des Krieges der gewaltigen Aufgaben gedacht, die der Wiederaufbau des ruinierten Wirtschaftslebens von ihnen fordert. Die Ereignisse haben indessen einen anderen als den allgemein erwarteten Verlauf genommen. Durch sie wird das, was die Gewerkschaften an tätiger Mithilfe für die Wiedergewinnung unseres stolzen Wirtschaftslebens in Aussicht stellte, nicht überflüssig, die kommende Zeit wird unter Umständen noch mehr von ihnen fordern, als was sie nach voranschreitendem Verlauf der Ereignisse zu leisten imstande waren. Eine noch höhere Mission als die, die uns unter Gewerkschaftsordnung im letzten Jahre erfüllen haben. Das neue Jahr soll das Jahr aufsteigender sozialistischer Arbeit werden. Wer anders als die Gewerkschaften sind dazu berufen, an dieser Arbeit einen hervorragenden Anteil zu nehmen. Sie haben jahrelang durch ihre unablässige Arbeit in der Arbeit des Proletariats den Glauben an eine bessere Zeit gewährt, durch eine mühsame, aber fruchtbringende Kulturarbeit die Bewusstheit ihres Daseins bewiesen. Aber ganz soziale Wärfen hat eingesetzt darauf, das Proletariat in Konflikte mit einer besseren Zukunft zu rufen und für eine höhere Form der Gesellschaft reif zu machen.

Der Kampf der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum war nichts anderes, als ein Ringen der Werte scho-fendur Arbeit mit dem verdutzten Spielern der Ausbeutung, der Kampf um eine höhere Kultur. Gest unklar-ber war das Ziel der Gewerkschaften, und so sehr auch die führenden Persönlichkeiten heute von gewissen Kreisen verächtigt und belächelt werden,

die Lauterkeit ihres Strebens wird nur derjenige in Zweifel ziehen, der die mühsame und aufopferungsvolle gewerkschaftliche Arbeit und ihr Verdienst an dem nordwarden Aufstieg der Arbeiterklasse gleichgültig verkennt.

Nach liegt das neue Jahr unerschütterter vor uns. Wir wissen nicht, welchen Verlauf es nehmen und wie es enden wird. Eines aber wissen wir, nämlich, daß wir uns der wirtschaftlichen Kräfte der Gegenwart nur herauskommen können durch das Bewußtsein des „Arbeiterrates“, dem wir uns verpflichtet fühlen. Wir legen durch das Bewußtsein, dem wir uns verpflichtet fühlen, nicht in irgendwelchen Maße verbunden, aber es ist schon ein großer Gewinn für unsere Sache, wenn in der Zeit eines jeden das Pflichtbewußtsein für unsere gemeinsame Kulturarbeit wächst. Wohl werden sich wichtige Arbeitssphären für uns eröffnen — wir erwähnen nur das Kommando im kommenden Frühjahr — und einen erheblichen Teil unserer Tätigkeiten gesellschaftlich wichtige Arbeit gewinnen. Unter die Bedingungen, unter denen die weitestgehende Zusammenarbeit möglich sein werden, die Gewerkschaften die notwendige Funktion ausüben können. Sie werden qualifizieren haben in jedes Tagesarbeit des neuen Jahres auszubilden haben die Laten ihres Lebens und damit verbunden, sich ganz abgeben von ihrer hehren Mission, die die Arbeiter zu werden. Sich um diese Gewerkschaften zu kümmern, ist eine unabweisbare Pflicht, die wir uns selbst und den sozialistischen Arbeitern der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber schulden, das ist die Pflicht der Gewerkschaften im Jahr 1919.

Im vierten Stockwerk des linken Seitenflügels, in den ehemaligen Redaktionsräumen des Vorwärts, befand sich ein riesiges Magazin- und Waffenlager. Etwa 100 Kisten, die an den Rand gefüllt mit Decken, einige Dutzende Sämereien, Hunderte und aber Hunderte von Büchern und zahllose Konterzeughilfen mit Bleiöl hatten dort, die von den Eoborera beschlagnahmt wurden. Die Spartakisten hatten noch kurz vor der Übergabe diese Räume in Brand gesetzt. Die Jäger löschten jedoch schnell, konnten aber nicht verhindern, daß das Feuer aus den hinter angrenzenden Holzplatz übergriff. Die hingeworfene Feuerwache in der Lindenstraße verminderte das Brandes in kurzer Zeit sehr zu werden.

Zum Angriff auf das Vorwärts-Gebäude wird dem letzten Absatz ferner berichtet: Die Kistlerie nahm vom Belles-Alliance-Platz aus mit 24 Maschinengewehren das Gebäude des Vorwärts unter heftigen Wirkungfeuer. Die Fassade wurde in förmlichen Stockwerken zertrümmert. Freiwillige unter Oberst Reinhardt griffen, 50 Mann stark, im Sturm an. Die Verteilung waren einige Hundert Spartakisten, die mit Handgranaten und Gewehren ausgestattet waren. Im Gebäude des Vorwärts standen zahlreiche "Bereitete" aus großen Papierrollen. Die Sturmtruppen drangen unter Handgranatenfeuer vor und überprüften in ununterbrochenem Angriff die Verteilung nieder. Die ersten Verteilung waren gegen 8, zum Teile und 15 Vermundete wurden festgestellt. Dagegen haben die Spartakisten 30 tote neben vielen Verwundeten. Außerdem wurden mehrere Hundert Gefangene gemacht.

Es wird über die Ordnung gesprochen werden. Wie die "Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" erfahren, suchten die Truppen, die in und um Berlin verammelt sind, nach der Niederlegung des parlamentarischen Reiches, in anderen Teilen des Reiches, besonders im höchsten Grenzgebiet, Ordnung und Ruhe zu schaffen und die Freiheit der politischen Betätigung zu sichern.

Wo ist Liebtucht? Wie die "Freie Arbeiter" brüden. Der "Vorwärts" schreibt: "Wo ist Liebtucht? In den ersten Tagen des Spartakistenputsches hörte man überall: Liebtucht, Liebtucht, Liebtucht. Er war in der Siegesallee, war Unter

den Bänden, war im Marfah, war bei den revolutionären Ob- leuten - kurzum: er war allgegenwärtig. Man hat man jetzt nicht mehr von ihm? Wo ist er? Aus unerklärlicher Quelle hört man, daß er keine Familie als vorzüglicher Mann nach der Schweiz gelangt habe. Warum? Herrlich etwa in der Schweiz das von ihm ersehnte Volkswirtschafts-Kontingent? Keine Spur! Im Gegenteil! In der Schweiz hält eine bürokratisch-antipolitische Regierung die Ordnung mit Kraft und Entschlossenheit aufrecht. Für seine Angehörigen scheint demnach der Hauptparasit die deutsche Debitur, immerhin für, lagen wir: er trägt sich zu halten... Die Schlussfolgerung liegt für jeden denkenden Menschen klar zutage.

**Für den Wahlfonds sind eingegangen:**  
Für den Wahlfonds bei einer inausgelassenen öffentlichen Ver- sammlung in Jordan sind 10. Mark eingegangen.

**Brüderlichkeit der Redaktion.**  
Wahrheit und Marfah 100. Dieser Freund! Es ist sonst nicht unsere Sache, auf anonyme Zuschriften einzugehen. Aber wir wollen einmal eine Ausnahme machen. Also der Herr hat es Jönen angetan. Wir hätten nicht erlaubt, daß man um solcher heimlichen Verleumdungen willen Papier und Tinte verschwendet. Wir denken uns gar nicht dabei und haben auch nicht über das Märchen. Wenn wir die Berichte unserer Berichterstatter durchlesen, haben wir Wichtigeres zu berichten. Aus ist der Herr Vater eben so lieb wie der Vater und wir sind noch nicht auf den Gedanken gekommen, das das eine grandiose Frage ist. Im übrigen können Sie sich beruhigen, der Herr Vater ist nicht etwa wieder eines von den vielen "abhängigen" Geschreben, auch das unabhängige Volkstafel schreibt der "Bert" Vater. Also in Zukunft weniger Kleinigkeit.

**Verordnung.**  
Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. Sept. 1918 (R. G. Bl. S. 1140 ff.) und der von dem Herrn Staatsminister für die Wohnungswesen erteilten Ermächtigung wird für den Stadtbereich Halle folgendes angeordnet:  
1. Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtsverpflichtend nur mit vorheriger Zustimmung des Mietseingangsamts kündigen, insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt.

2. Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mietseingangsamts zum dem W- lant erriekt hat.  
Das Mietseingangsamt kann bei der Entscheidung die Fortsetzung oder die Beendigung des Mietverhältnisses je- weils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen.  
Bestimmt das Mietseingangsamt die Fortsetzung oder Beendigung des Mietverhältnisses, so kann es dem Mieter neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietpreis erhöhen.  
Halle, den 8. Januar 1919.  
Der Magistrat.  
Ribe. Rinne.

**Bestimmungen.**  
Auf Grund des § 7 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. De- zember 1918 (Bel. S. 201 ff.) habe ich zum Wahlkommissar für den Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt sowie den Provinz- bezirk Halle a. S. die folgenden Kreis-Schaffalben umfassen den 12. Wahlkreis der Regierungsart Dr. Knoblich und seinem Stellvertreter den Regierungsrat Böttger - beide in Merseburg - ernannt.  
Die Geschäftsräume des Wahlkommissars befinden sich im Ge- bäude der Regierung.  
Halle a. S., den 2. Januar 1919.  
O. P. 1104. B. Der Oberpräsident.

**Bestimmungen.**  
Besetzung kinder Rinder im August 1920.  
Nach dem Gesetz vom 7. August 1911 betr. die Besetzung kinder Rinder werden Anfang August 1920 die kinder Rinder schulpflichtig, welche bis dahin das 6. Lebensjahr vollendet haben. Zu den kinder Rinder im Sinne dieses Gesetzes gehören auch kinder, die so schwachlich sind, daß sie den kinder Rinder zugeordnet werden müssen.  
Die Namen solcher Rinder müssen schon jetzt der Regierung in Merseburg mitgeteilt werden. Die Eltern oder gesetzlichen Vertreter dieser kinder Rinder werden hiermit aufgefordert, Namen, Geburtsdatum und Wohnung der betreffenden kinder Rinder, Donnerstag, den 23. Januar 1919, Nummer 4, dem Büro der Schulverwaltung, Rathausstraße 4 I, Zimmer 4, anzugeben, damit die kinder in die vorgeschriebene Besetzung eingetragen werden.  
Halle, den 6. Januar 1919.  
Der Magistrat.

**Alte sozialdemokr. Partei Deutschlands**  
Voritzende: Ebert, Scheidemann.  
Dienstag, den 14. Januar:  
Öffentliche  
**Frauen-Versammlung**  
abends 8 Uhr  
in Wilsdorfs Konzertsaal, Marktstraße 14.  
Tagesordnung:  
**Die Frauen in Deutschlands Sanktionsstunde**  
Rednerin: Schwester Duchlau-Dürrenberg.  
2. Freie Aussprache.  
**Frauen! Erscheint zahlreich!**  
Eure Zukunft steht auf dem Spiel!  
Der Einberufer.

**Stadttheater**  
Dienstag, den 14. Jan. 1919,  
nachmittags 3. Uhr:  
**Schneewittchen**  
Abds. 7. Uhr Ende 9 1/2 Uhr:  
**Über unsere Kraft. I.**  
Schauspiel von Björnson  
Mittwoch nach:  
**Schneewittchen.**  
Mittwoch abend:  
**Über unsere Kraft. II.**

**Elektr.**  
**Instrument.**  
10 Sp. - Gemacht, von Doppel A Co. für großes Vereins-immer oder Saal passend, billig zu verk. Katschke, Eisenwerbe.

**Schluss**  
der  
Anzeigen-Annahme  
vormittags 10 Uhr.

**In freien Stunden**  
Wochenschrift  
voll spannender Romane  
und Erzählungen.  
Preis 15 Pf.  
Vollst. Kollektive,  
Halle, G. Ulrichstr. 27.

**Sozialistenmarsch,**  
**Marschallaise,**  
**Internationale u. a.**  
für Chorges., Klavier u. Chor  
**J. Günther Verlag**  
Dresden 10 [1914]

**Stellen finden**  
Einen jüngeren  
**Pferdejongen**  
sucht bei hohem Lohn  
Knecht, Eisenwerbe,  
Stienne 8, Eisenwerbe.

**Alte Sozialdemokr. Partei Deutschlands**  
Voritzende: Ebert, Scheidemann.  
**Wahlleitungen der Wahlen zur Nationalversammlung im Regierungsbezirk Merseburg:**  
**Wahlkreis: Halle und Saalkreis.**  
Wahlleitung zu den Wahlen zur Nationalversammlung: Carl Fühner.  
Wahlbureau: Gewerkschaftshaus Halle, Herz 43/44, Zimmer 13, 1. Etage. - Telefon 6900.  
**Wahlkreis: Merseburg-Querfurt.**  
Wahlleitung: Paul Hampf und Richard Froytag.  
Wahlbureau: Total, „Alter Postauer“, Merseburg, Dammstraße. - Telefon 345.  
**Wahlkreis: Delitzsch-Bitterfeld.**  
Wahlleitung: Richard Jandras, Orpeniner Straße 18.  
Wahlbureau: Bitterfeld, Restaurant Johanniskorn, Telefon 884.  
**Wahlkreis: Wittenberg-Schweinitz.**  
Wahlleitung: Willi Jahn.  
Wahlbureau: Klein-Wittenberg, Sankt, „Der Hund“ (Ans. Karl Krüger), Dessauer Straße 44. - Telefon 212.  
**Wahlkreis: Torquar-Liebenwerda.**  
Wahlleitung: Otto Dietrich, Falkenberg Des. Halle. - Telefon 50.  
**Wahlkreis: Mansfelder Kreise.**  
Wahlleitung: Albert Müller, Staliden.  
Wahlbureau: Wittenhaus, 1 Treppe, Telefon 560.  
**Wahlkreis: Sangerhausen-Erfurt.**  
Wahlleitung: Willi Jahn, Sangerhausen.  
Wahlbureau: Sangerhausen, Sankt Hans zum Krampfen, Gutenstr. 41. Telefon 279.  
**Wahlkreis: Zeitz-Weißenfels.**  
Wahlleitung: Weiskopf, Franz Oppert, Leipzig Straße 70.  
Wahlbureau: Hotel Goldener Hirs, Telefon 8.  
Alle Ankünfte über die Wahl, das Abhalten von Versammlungen, Bestellung von Rednern werden dort erteilt.  
Aufnahmen in die Partei werden entgegengenommen.  
Agitationsmaterial kann bezogen werden.  
Freiwillige Spenden zur Bestreitung der Wahlkosten werden von den Wahlleitern entgegengenommen.  
Sammelstellen zur Bestreitung der Wahlkosten können in den Orten bezogen werden.  
Genossen, die sich zur Arbeit für die Wahl zur Verfügung stellen, werden hier ebenfalls dort werden.  
**Der Bezirksvorstand und die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine im Regierungsbezirk Merseburg. (Alte Partei.)**  
**Die Glocke**  
Sozialist. Wochen-  
schrift 20 Pf.  
in Abonnem. vierteljährlich  
6. - 12.  
nachst die  
Vollst. Kollektive,  
Halle, G. Ulrichstr. 27.  
Ich habe meine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen.  
**Dr. med. Carl Voigt**  
Spezialist für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe.  
Marktplatz 19 II. - Fernsprecher 107.  
Sprechstunden: wochentl. vorm. 11-12, nachm. 3-4.  
Sprechstunden: wochentl. vorm. 11-12 Uhr.

**Deutsche demokratische Partei**  
**Bereinigte Liberale.**  
Unsere Kandidaten sind:  
1. Landtagsabgeordneter Volkstretär **Karl Dohms**, Halle.  
2. Reichstagsabgeordneter Landwirt **William Koch**, Unterfarnstedt.  
3. Landtagsabgeordneter Oberlehrer **Dr. Blankenburg**, Zeitz.  
4. Frä. **Agnes Dr. Gosohe**, Halle.  
5. Friseurmeister **August Mangold**, Halle.  
6. Gemeindeführer Arbeiter **Franz Keppler**, Bitterfeld.  
7. Mittelschullehrer **Schicso**, Wittenberg.  
8. Kaufmännischer Angestellter **Reinold Ley**, Wiesa.  
9. Juwendpflegerin Frä. **Barow**, Merseburg.  
Wähler und Wählerinnen! Seht Euch die Stimmzettel genau an! Laßt Euch nicht irreführen! Die Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei beginnen mit dem Namen  
**Dohms, Karl**, Volkstretär in Halle, Rudolf Hamnstr. 13.

**Versammlung für Hausangestellte.**  
Dienstag, den 14. Januar,  
abends 8 Uhr  
im **Marfah**, Weidenplan:  
**Wahlrecht u. Wahlpflicht**  
**der deutschen Mädchen.**  
Redner: Rechtsanwält **Dr. Gies**,  
Halle, G. Ulrichstr. 27, Frä. **Gähler**.  
**Der Verband halbescher Frauenvereine.**

**Die**  
**Deutsche demokratische Partei**  
hat durch die Ablehnung der Listen-  
verbindung mit der Deutsch-nationalen  
Volkspartei  
nicht das Bürgerium verraten,  
sondern damit nur den Weg ein-  
geschlagen, der eine  
Abwanderung größerer Wählermengen  
zur Sozialdemokratie verhindert.



Redaktion des Reichsanzeigers, Vollzug der Reichsverfassung und der Reichsverfassung des Sozialdemokratischen Reichstages...

Rechtliche und politische Betrachtungen. Vom 9. bis 11. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 12. bis 14. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 15. bis 17. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 18. bis 20. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 21. bis 23. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 24. bis 26. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 27. bis 29. Januar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 30. Januar bis 1. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 2. bis 4. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 5. bis 7. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 8. bis 10. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 11. bis 13. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 14. bis 16. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 17. bis 19. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 20. bis 22. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 23. bis 25. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 26. bis 28. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 29. bis 31. Februar...

Rechtsanwaltschaft. Vom 1. bis 3. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 4. bis 6. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 7. bis 9. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 10. bis 12. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 13. bis 15. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 16. bis 18. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 19. bis 21. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 22. bis 24. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 25. bis 27. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 28. bis 30. März...

Rechtsanwaltschaft. Vom 31. März bis 2. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 3. bis 5. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 6. bis 8. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 9. bis 11. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 12. bis 14. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 15. bis 17. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 18. bis 20. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 21. bis 23. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 24. bis 26. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 27. bis 29. April...

Rechtsanwaltschaft. Vom 30. April bis 2. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 3. bis 5. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 6. bis 8. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 9. bis 11. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 12. bis 14. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 15. bis 17. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 18. bis 20. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 21. bis 23. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 24. bis 26. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 27. bis 29. Mai...

Rechtsanwaltschaft. Vom 30. Mai bis 1. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 2. bis 4. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 5. bis 7. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 8. bis 10. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 11. bis 13. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 14. bis 16. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 17. bis 19. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 20. bis 22. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 23. bis 25. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 26. bis 28. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 29. bis 31. Juni...

Rechtsanwaltschaft. Vom 1. bis 3. Juli...

Rechtsanwaltschaft. Vom 4. bis 6. Juli...

Rechtsanwaltschaft. Vom 7. bis 9. Juli...

Rechtsanwaltschaft. Vom 10. bis 12. Juli...

Rechtsanwaltschaft. Vom 13. bis 15. Juli...

Rechtsanwaltschaft. Vom 16. bis 18. Juli...

Aus der Provinz.

Das Programm der Sozialdemokratie.

In einer Resolution der Partei für den Reichstag...

Die deutsche Volkserziehung im März-April.

Berlin, 12. Januar. Die revolutionären Vorkämpfer in Berlin...

Die deutsche Volkserziehung im März-April.

Berlin, 12. Januar. Die revolutionären Vorkämpfer in Berlin...